

sie bisher – aber jetzt nicht mehr – eine euro-kommunistische Linie verfolgt hatten, rief landesweite Proteste hervor. Verteidigungsminister *Heseltine* warf Kent vor, er habe seine politische Naivität bis zur Unbekümmertheit betrieben. Der Leiter der konservativen Parteioorganisation, *Gummer*, ein überzeugter Anglikaner, erklärte, die politische Blindheit von Monsignore Kent werde gemeingefährlich, wenn er nicht zwischen Demokratie und Diktatur, Frieden und Kapitulation, Unterdrückung und Freiheit zu unterscheiden wisse.

Der Kardinal sah sich angesichts des Verhaltens Kents und der Kritik von politischer Seite um so mehr zu einer Klarstellung seiner eigenen Position veranlaßt, als bereits während des Wahlkampfes sich der päpstliche Pronuntius in London, der Schweizer Erzbischof *Bruno Heim*, des Falls Kent angenommen hatte, indem er auf bei ihm eingelaufene Proteste hin erklärte, Kent sei äußerst naiv und diene sowjetischen Interessen. Der öffentli-

che Tadel des Nuntius erregte kirchliche Kreise, und eine Gruppe von Priestern protestierte dagegen in Rom. Aber nachdem Kent in einem weiteren Interview (im kommunistischen „Morning Star“, 25. 5. 83) erklärt hatte, die Westmächte lägen im Rüstungswettlauf stets an der Spitze, und die Ostblockstaaten seien nur ständig bemüht, aufzuholen und hätten überdies die konstruktivsten Abrüstungsvorschläge gemacht, brachte das dem Nuntius zahlreiche zustimmende Briefe ein.

### Schotten gehen eigene Wege

Auf diesem Hintergrund fällt um so mehr auf, daß die *Schotten* schon vor der Erklärung von Hume und der der Bischofskonferenz *eigene Wege* gegangen waren. Bereits Ende September hatten die schottischen Kirchenführer, vertreten durch den katholischen Episkopat, die Bischöfe der schottischen Episkopalkirche und der Kirche von

Schottland, in einem offenen Brief an Königin Elisabeth II. scharf gegen das Wettrüsten protestiert und die Regierung kritisiert, sie verfolge mit der Aufstellung von Mittelstreckenraketen im Rahmen des Nato-Doppelbeschlusses Rüstungspolitik, ohne auf die weit verbreitete Kritik in der Bevölkerung im mindesten zu achten. Im Oktober haben dieselben Kirchenführer in einem Brief an den Verteidigungsminister ihre Kritik wiederholt und ihre Bereitschaft erklärt, diese in einem Gespräch unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu erläutern. Die katholischen Bischöfe Schottlands hatten schon 1982 eher rüstungskritische Töne angeschlagen.

In den unterschiedlichen Nuancen überschneiden sich also nicht nur sachliche, sondern auch regionale Gesichtspunkte. Der tatsächliche Einfluß der Kirche auf die britische Sicherheitspolitik ist, trotz des Aufsehens um den Fall Kent und die nun erfolgte Klärung in der Sache von zuständiger Stelle, gering. H. S.

## Winter in Polen

### Wird er hart auch für die katholische Kirche?

Im Anschluß an ihre 197. Plenarkonferenz am 16. und 17. November 1983 sahen sich die polnischen Bischöfe veranlaßt, in einem vorsichtig formulierten Kommuniqué über die aktuelle wirtschaftlich-soziale und politische Lage im Lande Klage zu führen. Die Bischofskonferenz machte die politische Führung Polens für die Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Situation verantwortlich. Sie sprach sich gegen die geplanten Preiserhöhungen aus und verurteilte die andauernde Repression. Der polnische Episkopat äußerte damit seine *seelsorgerische Sorge über die um sich greifende Armut*. Wenn die für Anfang 1984 angekündigten Preiserhöhungen schon nicht verhindert werden könnten, müßten sie zumindest durch „gerechte Lohnerhöhungen“ und besondere Hilfen für die Ärmsten ausgeglichen werden.

### Alte Vertrauens-, neuerliche Versorgungskrise

Zu einer grundlegenden Verbesserung der wirtschaftlichen Lage kann es nach Ansicht der polnischen Bischöfe nur durch die *Wiederherstellung des Vertrauens* und das Ende der derzeitigen Repression kommen. Die Bischöfe sprechen sich für die Einstellung der politischen Prozesse

(gegen die KSS-„KOR“-Führung und Solidarność-Spitzenfunktionäre) und die Freilassung der politischen Häftlinge aus. Nicht erwähnt wurden in dem Kommuniqué die jüngsten Anschuldigungen der polnischen Führung und Massenmedien gegen katholische Gemeindepriester und Bischöfe. Die Bischöfe äußerten die Hoffnung, daß der umstrittene kirchliche Agrarfonds im nächsten Jahr seine Arbeit aufnehmen könne. Der durch Spenden der westlichen katholischen Kirchen zu finanzierende Fonds soll die privaten Landwirte, Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden in Polen unterstützen und zur Selbsthilfe anregen.

Verdeutlicht werden die Ursachen der Spannungen wenige Wochen vor dem Jahresende 1983 durch sich häufende Meldungen über *neuerliche Versorgungsengpässe*. Die erneuten Rationierungen von Butter und anderen Fetten seit November geben dem allgemeinen Gefühl weiteren Auftrieb, daß Polen noch weit entfernt von einer stabilen Versorgungslage ist und daß der Winter eine neue Herausforderung an die Geduld der Bevölkerung stellen wird. Dazu kommt die rigorose Preispolitik der Regierung, die – begleitet von einer konsequenten Wirtschafts- und Reformpolitik – durchaus ihren Sinn hätte und prinzipiell eine Notwendigkeit zur Entlastung des

aufgeblähten Staatshaushalts darstellt. Da aber die Ziele der Wirtschaftspolitik und der Preisreform seit 1982 im wesentlichen verfehlt wurden, wie auf dem 14. ZK-Plenum der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) (18.–19. 11. 1983) der Wirtschaftssekretär des ZK, *Manfred Gorywoda*, im Rechenschaftsbericht des Politbüros recht ungeschminkt bekannte (Trybuna Ludu, 19./20. 11. 83), erfahren weite Kreise der Bevölkerung, insbesondere junge Familien und Rentner, die Wirkung der Wirtschaftspolitik als *Pauperisierung*. Die in den siebenziger Jahren angehäuften Sparguthaben sind in den letzten Monaten von der Inflation aufgezehrt worden. Die soziale Ungleichheit nimmt zu. Unruhe und Verbitterung in der Bevölkerung schwellen ebenfalls an.

### Staat und Kirche vor drängenden Fragen

Wie ernst die polnische Führung die Situation einschätzt, geht aus einem vertraulichen Brief des Amtschefs im Büro des Ministerrats, *Janiszewski*, hervor. In dem Schreiben Janiszewskis an den Ministerrat, die Zentralämter, die Woiwoden und die Präsidenten der Genossenschaften wird eine *Zunahme der öffentlichen Unzufriedenheit* im Zusammenhang mit dem unlängst veröffentlichten Entwurf über eine Preiserhöhung zum Jahreswechsel festgestellt. Dies bedeute eine „ernste Gefährdung der gesellschaftspolitischen Lage“ in Polen. Deswegen sollten alle Entscheidungen unterbleiben, die hier verschärfend wirken könnten; dazu gehören nach diesem Schreiben: Beschränkungen bei der Versorgung des Marktes, Veränderungen der Arbeitsbedingungen, disziplinarische Maßnahmen, scharfe Erklärungen in nicht populären Fragen. Ausdrücklich sollten auch „Konflikte mit Mitgliedern der Kirche“ vermieden werden. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. 12. 83)

Mit diesem vorläufigen Rückzug von unpopulären Maßnahmen wird das ohnehin nur geringfügige Zutrauen der Gesellschaft in die Beständigkeit der Politik der Regierung Jaruzelski weiter untergraben. Entscheidungen werden offensichtlich oft ad hoc getroffen, entbehren nicht selten der inneren Schlüssigkeit oder sind politisch nicht durchsetzbar.

Das Ausbleiben der „gesellschaftlichen Konsultation“ im Vorfeld der für November 1983 vorgesehenen Rationierung von Fetten, vor allem *das Übergeben der* (ohnehin in weiten Kreisen der Arbeiterschaft als regimetreu bezeichneten) *neuen Gewerkschaften*, und die nun hastig von oben initiierte Diskussion über drei Modelle der Preiserhöhung für 1984, die gesellschaftlichen Unmut und Empörung dämpfen soll, sind nur zwei Beispiele für das Defizit an Akzeptanz der politischen Führung in der polnischen Bevölkerung und für das Mißtrauen, ja die Angst der Regierung Jaruzelski vor unkalkulierbaren Reaktionen des Volkes. Die in der Geschichte der Volksrepublik Polen einmalige *Konzentration der Macht* in wenigen Händen, besser: in den Händen *Wojciech Jaruzelskis*, kontrastiert

auf eine geradezu dramatische Weise mit dem fehlenden gesellschaftlichen Rückhalt der politischen Führung.

Im Oktober und November 1983 hatte die offiziell führende Kraft Polens, die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, in zwei Plenarsitzungen des Zentralkomitees *Antworten auf die drängendsten politisch-ideologischen und wirtschaftlichen Fragen* an der Jahreswende 1983/84 gesucht. Die Vorschläge zur Überwindung der nun schon Jahre währenden Krisenerscheinungen fallen in dem Exekutivorgan der polnischen Kommunisten anders aus als die Mahnungen der nicht direkt politisch agierenden katholischen Kirche. Das ist selbstverständlich. Festzuhalten ist aber, daß sowohl von der staatlichen Macht als auch von der katholischen Kirchenführung Polens die zwei Hauptprobleme, die schließlich nach der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 nach offizieller Lesart in absehbarer Zeit geregelt werden sollten, weder als bewältigt noch in absehbarer Zeit für lösbar angesehen werden.

Die von der Jaruzelski-Gruppe gewünschte *politische und ideologische Stabilisierung* steht noch aus. Von einer ganz anderen Warte kritisiert auch die katholische Kirche in Hirtenbriefen und Kommuniqués ihrer Bischofskonferenz die anomale politische Situation im Lande. Die Vorsicht der Bischöfe, die sich auch darin ausdrückte, daß sie mit keinem Wort auf die Einleitung von strafrechtlichen Untersuchungen gegen einzelne politisch aktive Priester eingingen, war sicher diktiert von dem Bemühen, die labile Situation im Lande nicht noch zusätzlich durch Formulierungen anzuheizen, aber vielmehr noch von der Befürchtung, selbst als Institution zunehmend in die Schußlinie staatlicher Propaganda zu geraten. Es ist nicht die Angst vor einer generellen Repressionspolitik gegenüber der Kirche, die zudem erfolglos bleiben müßte und sie im Gegenteil stärken würde, sondern die Furcht vor einer selektiven Vorgehensweise der Staatsorgane im Verhältnis zur katholischen Kirche, die ihre Einheit und Stärke bedrohen könnte (vgl. HK Mai 1983, 202–204).

### Unentschiedene Haltung der politischen Führung

Genügte es nicht, daß sich, wie aus Kirchen- und Oppositionskreisen verlautete, die polnische Regierung über 69 „extremistische“ Geistliche bei Kardinal Glemp beschwert hatte und den Primas aufforderte, ihre Tätigkeit zu zügeln? Religionsminister *Lopatka* soll in seinem 16 Seiten umfassenden Schreiben an Glemp auch zwei Bischöfe, *Tokarczuk* aus Przemyśl und Weihbischof *Kraszewski* aus Warschau, namentlich genannt haben. Zudem seien zwei Priester aufgeführt worden, gegen die eine Untersuchung wegen „Mißbrauchs der Religionsfreiheit zum Schaden der Volksrepublik“ eingeleitet wurde: der Beichtvater von Lech Wałęsa, Pater *Henryk Jańkowski*, und der Vikar *Jerzy Popieluszko* von der Stanisław-Kostka-Kirche in Warschau (vgl. Neue Zürcher Zeitung, 21. 11. 83). Daß die Behörden den Konflikt mit der Kirche aber nicht

unbedingt suchen und vorsichtig taktieren, macht folgendes Beispiel deutlich: Der besagte Vikar Popieluszko konnte am Tag der heiligen Barbara (4. 12.), der Schutzpatronin der Bergleute, ungestört vor vielen tausend Gläubigen in seiner Pfarrkirche die Messe feiern, nachdem zwei Tage zuvor Vertreter des Sicherheitsdienstes vergeblich versucht hatten, ihm eine gerichtliche Vorladung für diesen Tag auszuhändigen. Der Vikar erinnerte in der Sonntagsmesse an die Ideale der Solidarność. Er beschwor die Freiheit, für die es nicht nur zu beten, sondern auch zu kämpfen gelte. Zwei oberschlesische Bergarbeiter überreichten dem Priester ein Kreuz aus Steinkohle, eine Erinnerung an die Opfer, die es in den ersten Tagen nach der Verhängung des Kriegszustands unter streikenden Grubenarbeitern gegeben hatte. Schon seit Wochen lösen sich Arbeiter bei der Bewachung von Vikar Popieluszko ab und lagern auf Schlafsäcken im Flur des Gemeindehauses (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. 12. 83). Wenn es die Behörden auf eine Kraftprobe anlegten, wäre es ihnen ohne Zweifel ein leichtes, das Problem des „extremistischen“ Priesters Popieluszko und der Arbeitersolidarität für ihn zu lösen.

Die *politisch engagierten Priester* bringen nicht nur die Behörden in eine mißliche Situation, wenn sie einer direkten Konfrontation mit der Kirche aus dem Wege gehen wollen, sie verlangen auch von der Kirchenführung einen hohen Grad von Solidarität gegenüber einem nicht mehr homogenen niederen Klerus. Glücklicherweise wird der polnische Episkopat, zumindest seine überwältigende Mehrheit, über die „Solidaritäts“-Priester nicht sein, zumal sich die katholische Kirche seit Herbst 1983 einem schärferen Wind aus den Massenmedien und von der Parteibasis, soweit diese überhaupt noch aktiv ist, ausgesetzt sieht.

Das den *ideologischen Grundproblemen* der polnischen Kommunisten gewidmete 13. Plenum des Zentralkomitees der PVAP (14./15. 10. 83) gab einige Hinweise darauf, was Polens Kommunisten an der Kirche am meisten aufstößt. Zahlreiche Stimmen aus dem Parteivolk verlangten eine härtere Gangart gegenüber Kirchenkreisen, die sie als kämpferisch antikommunistisch empfinden. Ein als privater Landwirt bezeichnetes Mitglied des Zentralkomitees klagte mit bewegten Worten über den aggressiven Ton, den manche Landpfarrer neuerdings gegenüber in der Gemeinde bekannten Parteimitgliedern anschlugen. Es komme vor, daß Geistliche von der Kanzel herab fragten, wieso sich in der Kirche Kommunisten befänden, die das Parteibuch in der Tasche trügen. – Im Text des offiziellen Referats des Politbüros fanden sich vergleichbar scharfmacherische Töne gegen die Kirche nicht. Der Sprecher des Zentralkomitees, Politbüromitglied Józef Czyrek, unterstrich im Gegenteil, daß in Zukunft auch Katholiken stärker bei der Vergabe von verantwortungsvollen Positionen im Staatsdienst berücksichtigt werden sollten.

Ob die kritischen Stimmen zum Thema Kirche „bestellt“ waren oder nicht, der Parteiführung konnten sie zumindest willkommen sein. Mit ihnen ließen sich gegenüber der Kirchenhierarchie strengere Maßnahmen gegen unbe-

queme Ortsgeistliche begründen, die nach Ansicht der Kommunisten den Rahmen zugestandener kirchlicher Freiheit überschreiten.

Die Bedeutung der ZK-Kritik an „kämpferischem Klerikalismus“ und „Mißbrauch der Religion für politische Zwecke“ für das zukünftige Verhältnis zwischen Staat und Kirche braucht aber nicht überbewertet werden. Die Partei *mußte* nach dem Papstbesuch – nicht zuletzt gegenüber Moskau demonstrieren, daß sie noch Ideologieträger ist und nicht abgedankt hat. Aber für die parteiliche und staatliche Einschätzung der unbequemen Rolle der Kirche, nicht allein als Episkopat und Hierarchie, sondern als lebendiger sozialer Organismus mit einer herausfordernden Botschaft verstanden, gab das ZK-Plenum Signale über den Tag hinaus.

### Grenzen kirchlicher Macht

Was aber ist inzwischen geblieben von den Hoffnungen und Befürchtungen, die mit dem letzten Papstbesuch in Polen verbunden waren? Er gab der Partei und den Staatsorganen das Gefühl, „outsider“ der polnischen Gesellschaft zu sein. Aber gab er der Kirche auch neue Kraft, die auf Dauer wirken kann? Was kann Kirche bewirken in einer Zeit, da wirtschaftliche und soziale Spannungen in Polen weiter zunehmen, von der Regierung der „wirkliche Dialog“ fortgesetzt verweigert wird und Resignation und das Gefühl, daß es keinen wirklichen Ausweg aus der Sackgasse gibt, in weiten Kreisen der Bevölkerung, insbesondere in der jüngeren Generation vorherrschen?

Wahrscheinlich zeigen die Hirtenbriefe und Kommunikés der polnischen Bischöfe, dazu punktuelle stille Interventionen, um „das Schlimmste“ (z. B. einer diskriminierenden Gesetzgebung) zu verhüten, den einzig gangbaren Weg. Dazu gehört auch die *praktische Solidarität mit der Bevölkerung*. Ob diese Solidarität so weit gehen kann, wie bei den politisch predigenden Priestern, wird auch in Zukunft im polnischen Episkopat umstritten bleiben. Zugleich werden sich Polens Bischöfe aber weigern, als verlängerter Arm der staatlichen Behörden zu dienen und „Unbotmäßigkeit“ gegenüber den Staatsorganen an der Kirchenbasis zu unterbinden. Wahrscheinlich träumt Polens Führung auch hier von dem „*ungarischen Modell*“. In Polen ist es nicht realisierbar. Die Kirche weiß um ihre Kraft, die aus der Einheit nach außen kommt. Würde sie sich wie die ungarische katholische Kirche verhalten, verlöre sie die Jugend und die Arbeiter und damit die Hauptquellen ihrer unangetasteten Stellung. Als *Ort nationaler Identifikation* und als Ersatz für politische Opposition ist sie heute einflußreicher als jemals zuvor in der Geschichte des sozialistischen Polen. Um so auffallender muß heute, in der Nach-Solidarność-Zeit ihre Machtlosigkeit erscheinen, die politischen Verhältnisse in Polen sichtbar zu bewegen.

Kurz- und mittelfristig ist sie *keine systembedrohende Gefahr*. Der Verlauf des Papstbesuchs und die ausgebliebenen Folgen im Sinne von Öffnung des Systems bestätigen

dies eindrucksvoll. Da die katholische Kirche aber als authentische gesellschaftliche Kraft der polnischen Nation, die von den Behörden *via facti* respektiert werden muß, auf absehbare Zeit „Monopolist“ bleiben wird, hat sie eine Schwächung als Folge kurzfristiger politischer Enttäuschungen nicht zu fürchten. Sie wird auch in Zukunft so wie in den letzten Wochen des Jahres 1983 bei der Regierung Klage über die Mißachtung der wirtschaft-

lichen, sozialen und politischen Rechte des Volkes führen und den Dialog und die Verständigung anmahnen – im Namen des Volkes. Sie hatte dies schon in den siebziger Jahren ohne Erfolg getan. Es ist ihr nie zum Vorwurf gemacht worden. „Erfolglosigkeit“ hat die Kirche in den siebziger Jahren nicht geschwächt und den Staat nicht stärker gemacht. Warum sollte dies heute anders sein?

Dieter Bingen

## Der Politiker und seine Kirche

### Ein Gespräch mit Erwin Teufel

*Politiker mit starker persönlicher kirchlicher Bindung sind selten geworden, auch in der traditionell kirchennahen Union. Was bedeutet das für die Politik einer christlich firmierenden Partei, was für die Kirche? Wo müßte mehr miteinander gerungen werden? Die entsprechenden Fragen an den CDU-Fraktionsvorsitzenden im Stuttgarter Landtag stellte D. A. Seeber.*

**HK:** Herr Teufel, Sie sind Fraktionsvorsitzender der CDU im Baden-Württembergischen Landtag. Sie kommen aus der katholischen Jugend und sind seit kurzem Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Sie sind der Kirche vielfach verbunden und halten auch engen Kontakt zu ihrer Theologie. Für einen Politiker Ihrer Generation erscheint das fast schon als die große Ausnahme. War für Sie Ihr Christsein ein wesentlicher Grund, in die Politik zu gehen?

**Teufel:** Ich lebe nicht nur von der Politik und ich lebe nicht nur in der Politik, sondern ich versuche, am geistigen Ringen unserer Zeit teilzunehmen und von Grundüberzeugungen her Politik zu machen. Ich wäre sicher nicht in der Politik ohne die Grundprägung, die ich in der katholischen Jugend und von der christlichen Soziallehre her erfahren habe. Das war der erste Grund. Aber es gab auch andere Gründe. Ich gehöre schon zur Nachkriegsgeneration. Ich habe das Dritte Reich nicht mehr bewußt erlebt, habe mich aber mit keinem Zeitabschnitt unserer Geschichte so intensiv beschäftigt wie mit dem Dritten Reich und mit dem Widerstand im Dritten Reich. Gerade von daher hat mich der Eindruck bestimmt, daß in einem demokratischen Gemeinwesen die Bürger bereit sein müssen, einen Teil ihrer Zeit und ihrer Kraft zu opfern, um ein totalitäres System zu verhindern, wie wir es im Dritten Reich erlebt haben.

### „In keiner Zeit lieber in der Kirche gelebt als heute“

**HK:** Wenn Sie sagen, Sie wären ohne katholische Jugendarbeit nicht in die Politik gekommen, dann doch wohl, weil Politik, wenn schon nicht das Lebenselixier, so doch

ein wichtiger Bezugspunkt dieser Jugend war. Galt das damals für die Kirche insgesamt?

**Teufel:** In der Zeit zumindest, in der ich der katholischen Jugend angehörte, war die Einsicht sehr verbreitet, daß die Kirche sich nicht auf die Sakristei zurückziehen darf, sondern daß sie einen öffentlichen Auftrag hat. Und von daher bin ich fast zwangsläufig in die Politik gerade der CDU und in die Junge Union hineingewachsen.

**HK:** Ihre Antwort deutet an, daß sich diesbezüglich inzwischen einiges geändert hat ...

**Teufel:** ... zumindest in der katholischen Jugend.

**HK:** Wie sehen Sie die Situation jetzt bzw. was gibt Ihnen die kirchliche Gegenwart als Politiker?

**Teufel:** Ich stehe mitten in meiner Kirche, und ich möchte in keiner Zeit lieber in der Kirche gelebt haben als in der heutigen. Ich bin sicher, daß die katholische Kirche mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil und mit der Würzburger Synode den rechten Weg gegangen ist. Das heißt nicht, daß ich nicht gerade aus dieser Nähe zur Kirche Wünsche an sie habe.

**HK:** Es gibt im Verhältnis Kirche – Politik so etwas wie eine neue Gemengelage: Einerseits Rückzug, auch aus der politischen Formung ihrer Glieder, auch wenn das niemand so recht zugibt. Auf der anderen Seite greift gegenwärtig die Kirche selbst als Institution, als religiöse und moralische Autorität und in ihrer Verkündigung sehr viel direkter in politische Fragen ein. Denken Sie nur an die päpstliche und jetzt vor allem bischöflichen Stellungnahmen zur Friedensfrage bzw. zur Nachrüstung. Wie sieht das für Sie als Politiker aus?

**Teufel:** Zunächst glaube ich, daß es gut ist, wenn sich die Kirche in der aktuellen Tagespolitik zurückhält. Ihre Aufgabe liegt nicht im direkten Feld der politischen Auseinandersetzung, sondern in der Verkündigung der Frohbotschaft in der Liturgie und in der Diakonie. Aber die Kirche hat in Grundfragen unseres Lebens und Zusammenlebens eine ganz wichtige Aufgabe in der Bildung von